Nr. 128. Berlin, Freitag, den 5. Juni 1857.

Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 2 Thlr. 15 Sgr., mit Botenlohn 2 Thlr. 22½ Sgr. — Für ganz Preußen, mit Postzuschlag: 3 Thlr. — Für ganz Deutschland: 3 Thlr. 15 Sgr. — Die einzelne Nr. wird mit 2½ Sgr. berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Nr. 128. Berlin, Freitag, den 5. Juni 1857.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße No. 5. und die bekannten Spediteure.
Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfgespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Die Deutschen Zettelbanken.

I.

Ihr verderblichster Fehler.

In Deutschland ist fast allgemein die Meinung verbreitet, für eine Noten- oder Zettelbank sei die wichtigste Regel die, daß sie niemals eine ihr Vermögen übersteigende Menge von Noten in Umlauf bringen dürfe. Diese Ansicht ist grundfalsch. Allerdings soll jede Bank durch ihr Vermögen die Inhaber ihrer Noten als ihre Gläubiger vollkommen sicher stellen; aber weit wichtiger ist die Regel, daß sie stets nur so viel Noten ausgebe, als der Handel ohne Gefahr aufnehmen kann. Die Herren, welche Notenbanken leiten, rechnen uns, wenn sie die Menge ihrer ausgegebenen Noten rechtfertigen wollen, vor, wie viel Metall in ihrer Kasse sei und wie viel Wechsel in ihren Mappen liegen; sie sprechen aber nicht von dem Bedarf des Handels an Banknoten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Deutschland 3 bis 4 Thlr. Credit- oder Papiergeld, besonders Banknoten, auf den Kopf der inländischen Bevölkerung ausreichen und eine größere Menge höchst nachtheilig auf den Volkswohlstand wirke; aber in vielen Staaten Deutschlands beträgt die Menge der ausgegebenen Banknoten 20 bis 100 Thlr. auf den Kopf. Die Quelle dieses Irrthums liegt darin, daß man das Wesen des Geldes völlig verkennt. Man sieht das Geld wie ein Genußmittel an, mit dessen Vermehrung der Verbrauch zunimmt. Wenn seither ein Land mit 100,000 Eimern Wein sein Bedürfniß befriedigte, so kann es wohl kommen, daß die Leute noch einmal soviel trinken, falls man 200,000 Eimer in demselben verkauft; aber so ist es nicht beim Gelde, besonders nicht bei den Banknoten.

Das Geld befriedigt ja nicht unmittelbar menschliche Bedürfnisse, sondern nur mittelbar, indem es nämlich nur dazu dient, gewisse Rechte auf Bedarfsgegenstände von einer Person auf die andere leichter überzutragen, als es im Tauschhandel geschieht. Das Geld ist mit Wagen oder Schiffen zu vergleichen, welche dem Waarentransporte dienen. Kann ein Land mit 1000 Schiffen auskommen und es werden 2000 Schiffe in Thätigkeit gesetzt, so entsteht ein Ueberfluß von 1000 Schiffen.

Für große Zahlungen und weite Versendungen bei dem inländischen Handel gewährt der Gebrauch von Creditgeld oder Papiergeld, namentlich von Banknoten, große Vortheile; aber für alle Zahlungen eignet es sich keineswegs. Besonders ist für den ausländischen Handel und für den Kleinverkehr das Metallgeld weit geeigneter. Demnach ist die Menge des Creditgeldes, welches eine Regierung oder Bank ausgeben darf, ohne den Handel zu stören und den Volkswohlstand zu beeinträchtigen, einmal von der Menge des Metallgeldes, welches ein Land bedarf, und zweitens von der Menge des Metallgeldes, welches durch Creditgeld ersetzt werden kann, abhängig. Da nun jener Bedarf und diese Ersetzbarkeit von Zeit zu Zeit sich sehr verändern, so muß bei Ausgabe des Creditgeldes die Regierung oder Bank sorgfältigst die Veränderungen des Handels beobachten und darnach solche Ausgabe regeln. Wird mehr Creditgeld, namentlich Bankgeld, ausgegeben, als der Handel bedarf, so wird ein großer Theil des Metallgeldes in das Ausland getrieben, es kann leicht Mangel an Metallgeld entstehen und der Ueberfluß an Geld bewirkt ein Fallen des Geldpreises, also zugleich ein Steigen der Preise der Lebensmittel und anderer Gegenstände.

Nach der Erfahrung, welche man in vielen Staaten, namentlich in England gemacht hat, ist es deshalb rathsam, stets etwas weniger Creditgeld als der Handel möglicherweise aufnehmen kann, in Umlauf zu bringen, um eine hinreichende Metallmenge im Lande zu erhalten und solche gefährliche Störungen des Handels zu vermeiden, die durch Ueberfluß an Creditgeld herbeigeführt werden. Eine Störung dieser Art trat z. B. in England in den Jahren 1794, 1795 und 1796 ein, wo wegen der geringen Ernten und wegen Subsidienzahlungen große Sendungen von Metall nach dem Auslande durch die Kaufleute auszuführen waren, und weil im Handel sehr wenig Metall sich im Umlauf befand, die Bank mit Forderungen nach Gold so bestürmt wurde, daß sie ihre Baarzahlungen einstellen mußte und die für den Volkswohlstand und die Staatskasse sehr nachtheilige Restrictions-Acte von dem Parlamente beschlossen wurde.*) Eine Parlaments-Acte verordnete, daß nach dem Jahre 1829 die Noten unter 5 Pfund eingezogen werden sollten. Dadurch wurde zum Vortheil für das Land das Papiergeld aus dem Kleinhandel ganz entfernt.

Die großen Nachtheile einer übertriebenen Banknoten-Ausgabe hat Oesterreich seit vielen Jahrzehenden erfahren; in den übrigen Deutschen Staaten hat dieses Unwesen erst seit einigen Jahren sich verbreitet.

Der Einfluß der Banknoten-Vermehrung auf Fallen des Geldpreises und Steigen der Getreidepreise und der Preise anderer Lebensmittel war um so größer, da gleichzeitig die Menge des edlen Metalls durch die Goldwäschen in Kalifornien und Australien sehr vermehrt wurde. Diese Goldvermehrung allein würde auf den Preis des Geldes einen kaum bemerkbaren Einfluß geäußert haben, weil daß in Europa überflüssig gewordene Metall bald in andere Welttheile, besonders nach dem südlichen Asien, abfließt.

Diese künstliche Steigerung der Geldpreise hat viele Regierungen genöthigt, den Staatsdienern Zulagen zu geben und die Steuern zu erhöhen; sie ist Ursache, daß die Handwerker höhere Preise für ihre Erzeugnisse verlangen; sie veranlaßt überhaupt sehr bedauerliche Ungerechtigkeiten bei Vertheilung des Volks-Einkommens durch den Handel.

Zu diesem verderblichen Einflusse der übermäßigen Notenvermehrung tritt noch der große Uebelstand, daß dieselbe den reichen Capitalisten Gelegenheit darbietet, ihren Reichthum auf Kosten der Staatskasse zu vergrößern. Indem nämlich die Zettelbanken in Oesterreich und Deutschland 295,762,000 Thlr. Noten in Umlauf setzten und nur einen Vorrath von 69,660,000 Thlr. Metall hatten, haben sie 226,102,000 Thlr. geborgt, ohne dafür Zinsen zu zahlen. Dieser Vortheil, welcher auf 10,000,000 Thlr. jährlich zu rechnen ist, fließt in die Kassen der Bankactionäre in der Gestalt hoher Dividenden. Hätten die Regierungen dieses Papiergeld ausgegeben, so könnten sie die drückendsten Steuern um 10,000,000 Thlr. herabsetzen, oder um so viel für Bildung und Wohlstand des Volks mehr als seither aufwenden. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, daß Capitalisten die Zettelbank nicht selten insofern mißbrauchen, als sie von derselben große Capitalien durch Discontiren oder Darlehen mit 4 Procent Zins sich verschaffen und diese mit 7—8 Procent „verwerthen." — Noch ist auf die große Gefahr aufmerksam zu machen, welche einem Lande, worin eine zu große Masse von Creditgeld umläuft, droht, wenn ein Krieg ausbricht, weil in diesem Falle die Noten in ungewöhnlicher Menge den Bankkassen zur Auswechslung gegen Metall präsentirt werden, und die Schwierigkeit, dieses herbeizuschaffen, große Verlegenheiten und Störungen des Handels verursacht.

Für Deutschland ist eine fortdauernde Uebertreibung der Banknotenausgabe um so mehr zu befürchten, weil viele Regierungen ohne alle Vereinigung die Aufsicht führen, und deshalb eine Normirung der Notenmenge nach dem Bedarfe des Handels bei dem Mangel an Einheit in der Verwaltung dieser Angelegenheiten gar nicht möglich ist. Hierzu kommt, daß der oben erwähnte die Noten-Ausgabe betreffende Irrthum sehr verbreitet ist und deshalb manche Regierungen durch Vorspiegelungen der Börsen-Speculanten von Förderung der Industrie, des Handels und des Interesses der Staatskasse durch Bankzettel leicht getäuscht werden können.

Die übrigen Fehler der Deutschen Banknoten ausführlich zu besprechen, ist nicht nöthig, da sie leicht zu erkennen sind. Jeder, der in andere Deutsche Staaten Reisen unternommen oder dahin Noten gesendet hat, weiß, wie unbequem es ist, daß Deutsche Noten nicht in allen Deutschen Staaten Geltung haben. Auch darüber hört man oft klagen, daß manche öffentliche Kassen nur gewisse Noten annehmen und daß häufig Zettel eingezogen werden.

*) Eine sehr lehrreiche Abhandlung über diesen Fehler einer übertriebenen Noten-Ausgabe enthält die Schrift von Joseph Lowe: „England nach seinem gegenwärtigen Zustande des Ackerbaues, des Handels und der Finanzen. Nach dem Englischen bearbeitet von H. v. Jacob. Leipz. Brockhaus 1823."

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Obersten a. D. von Luederitz zu Stettin und dem Ober-Amtmann Freiherrn von Frank zu Hechingen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Wachtmeister im Herzoglich Nassauischen Landjäger-Corps, Leonhardi zu Wiesbaden, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Die Herren Mitglieder des Johanniter-Ordens werden hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß die diesjährige Feierlichkeit des Ritterschlages nicht am 24. Juni stattfinden wird, sondern von dem Durchlauchtigsten Herrenmeister, Prinzen Carl von Preußen, Königliche Hoheit, bis zum Herbste verschoben worden ist.

Berlin, den 3. Juni 1857.

Der Commendator und Canzler des Johanniter-Ordens
Eberhard Graf zu Stolberg.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Der Baumeister Ammon zu Lebes ist zum Königlichen Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeisterstelle zu Schlochau verliehen worden.

Dem Kaufmann Hugo Löwenberg in Berlin ist unter dem 30. Mai 1857 ein Einführungs-Patent auf eine mechanische Vorrichtung zur Anfertigung von Cigarren in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Verbindung, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

Polizei-Präsidium.

Des Königs Majestät haben Allergnädigst zu bestimmen geruht, daß die in der Louisenstadt hierselbst belegene Husaren-Straße fortan den Namen: „Hollmann-Straße" führen soll.

Berlin, den 27. Mai 1857.

Königliches Polizei-Präsidium. Lüdemann.

Abgereist: Der General-Post-Director Schmückert, nach Bad Gastein.

Deutschland.

* **Berlin**, 4. Juni. Als wir in Nr. 125 die Instruction abdruckten, welche Graf Buol dem Oesterreichischen Geschäftsträger in Kopenhagen ertheilt hat wegen der letzten Dänischen Depesche, sagten wir sofort, daß auch die Preußische Regierung sich in ganz ähnlicher Weise ausgesprochen habe. Auch Preußen erachtet sich durch das bisherige Versprechen des Kopenhagener Cabinets keineswegs vollständig befriedigt, sondern es wird — zunächst läßt sich die Sache nur freilich nicht an den Bund bringen — seine weitern Maßregeln davon abhängen lassen, welche Rücksicht die Dänische Regierung auf die Aeußerungen der Holsteinischen Stände nimmt. Auch Preußen ist nicht gewillt, Lauenburg, dessen die Kopenhagener Depesche bekanntlich gar nicht erwähnte, der Dänischen Willkür anheimzugeben, sondern es verlangt die vertragsmäßige Regelung der Verhältnisse auch dieses Herzogthums.

Unsere neuliche Meldung, daß eine solche Uebereinstimmung zwischen den Deutschen Großmächten in Bezug auf ihre neuesten Depeschen nach Kopenhagen stattfinde, wird uns jetzt dahin bestätigt, daß die Oesterreichische Regierung sich bei Abfassung jener ihrer Instruction selbst an die wörtlichen Ausdrücke in der betreffenden Preußischen Depesche gehalten hat, so daß man also — wie gestern auch unser Wiener ** Correspondent gemeldet — auf ein völlig gleichmäßiges Vorgehen beider Mächte rechnen könnte. Um so mehr möchten wir eine Nachricht bezweifeln, die uns aus Paris zugeht, freilich aber aus einer Quelle, der zu vertrauen wir bisher allen Grund hatten. Dort soll die Oesterreichische Gesandtschaft nämlich Klage geführt haben über das allzu stürmische (?) Vorgehen Preußens gegen das Kopenhagener Cabinet. Wie gesagt, wir nehmen doch Anstand, dieser Mittheilung Glauben zu schenken; aber sehr wünschenswerth wäre es in der That, wenn dieselbe aus glaubwürdiger Quelle entschieden dementirt werden möchte. Bei der großen Wichtigkeit dieser ganzen Angelegenheit für die Ehre Deutschlands, zumal seiner Großmächte, ist es wünschenswerth, daß in derselben Alles möglichst klar sei und bleibe.

Se. Maj. der König besichtigten gestern früh in Potsdam beim neuen Palais das Lehr-Bataillon und wohnten auch Ihre Maj. die Königin den Exercitien desselben bei. JJ. MM. begaben sich hierauf nach Charlottenhof und kehrten demnächst nach Sanssouci zurück. Hier empfingen S. M. der König mehrere Meldungen und nahmen die gewöhnlichen Vorträge entgegen. Um 3 Uhr fand auf Sanssouci ein größeres Diner statt.

— Se. Königl. Hoh. der Prinz von Preußen ist gestern Abend nach Breslau abgereist.

— Nachrichten aus St. Petersburg zufolge werden Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin von Rußland nach den bisher erlassenen Bestimmungen in den ersten Tagen des Juli (wahrscheinlich am 3.) in Kiel eintreffen, um Allerhöchstsich auf kürzestem Wege über Göttingen nach Darmstadt zu begeben. Erst am 17. oder 18. Juli dürfte die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers Alexander II., und zwar in Begleitung Ihrer Majestät der Kaiserin-Mutter, in Sanssouci zu erwarten sein. Ihre Majestät die regierende Kaiserin Marie (geb. Prinzessin von Hessen) wird bekanntlich nach Kissingen gehen und im September über Berlin nach St. Petersburg zurückkehren. In dem Gefolge der Allerhöchsten Herrschaften, das überaus zahlreich sein wird, werden sich auch die Minister Fürst Gortschakoff und Graf Adlerberg befinden.

— Der Minister des Innern v. Westphalen hat in Begleitung des Geheimen Ober-Regierungs-Rathes v. Klützow seine bereits seit längerer Zeit beabsichtigte amtliche Reise nach Preußen und einem Theile des Großherzogthums Posen angetreten und geht heute bis Bromberg.

— Der Vice-Oberjägermeister Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode ist nach Breslau abgereist.

— Se. Durchl. der Prinz Hohenlohe-Kirchberg ist von Stuttgart, der General-Secretair Sr. H. des Papstes, Fürst Giovanni Ruspoli, von Rom, der Fürst v. Clary u. Aldringen von Taplitz, der Kais. Russische Wirkliche Staatsrath und Civil-Gouverneur von St. Petersburg, v. Smirnoff, von St. Petersburg, der Kais. Russische Hofrath und Attaché bei der Gesandtschaft in Rom, Graf Strojanoff, der Fürst Howansky, die Kais. Russischen General-Majors Baron v. Osten, v. Schulgine und v. Wachten, der Kais. Russische Oberst v. Tatischtschew, der Kais. Russische Garde-Capitain v. Kwitnitzky, der Kais. Russische Stabs-Capitain v. Salatzki, der Kais. Russische Ingenieur-Oberst v. Röder und der Kais. Russische wirkliche Geheime Rath v. Gurko, sämmtlich von St. Petersburg, der Kgl. Dänische Oberstlieutenant v. Vett und der Königl. Dänische Major v. Beck von Kopenhagen hier angekommen.

— Der Polizei-Präsident Frhr. v. Zedlitz wird sich am nächsten Sonnabend von Breslau aus nach Wien begeben, wo die General-Polizei-Conferenzen am Montag früh eröffnet werden.

— Das correspondirende Publicum wird, zur Vermeidung von Verspätungen in der Beförderung der Correspondenz ꝛc. nach den Badeorten Landeck und Reinerz, darauf aufmerksam gemacht, daß dieselbe beziehungsweise nach „Bad Landeck" und „Bad Reinerz" zu adressiren ist.

— Die ministerielle „Pr. C." schreibt: Der Preis des Amtsblattes ist durch eine Allerhöchst bestätigte Verfügung des Staatskanzlers Fürsten v. Hardenberg vom 29. November 1817 für die Regierungsbezirke Posen und Bromberg auf einen Thaler für den Jahrgang festgestellt, weil das Blatt für die Provinz Posen zugleich in Deutscher und in Polnischer Sprache abgefaßt ist und deshalb größere Herstellungskosten veranlaßt. Zu wiederholten Malen ist von Seiten des Abgeordnetenhauses der Wunsch ausgesprochen worden, auch für die beiden genannten Regierungsbezirke den Preis des Amtsblattes auf den für die übrigen Regierungsbezirke geltenden Satz von 15 Sgr. für den Jahrgang zu ermäßigen. Obgleich eine solche Preis-Ermäßigung die Einnahmen aus dem Amtsblatt-Debit nicht unwesentlich schmälern wird, so hat die Staats-Regierung mit Rücksicht auf die Ueberschüsse der Amtsblatt-Verwaltung es für angemessen erachtet, den Antrag des Abgeordnetenhauses Allerhöchsten Ortes zu befürworten, gleichzeitig aber den Wegfall einer ebenfalls vom Jahre 1817 stammenden und unter den obwaltenden Umständen nicht länger zu rechtfertigenden Anordnung zu beantragen, welche die ländlichen Gemeinden der Provinz Posen von der gesetzlichen Verpflichtung zur Haltung der Gesetz-Sammlung befreit. Des Königs Majestät haben diese Anträge des Staats-Ministeriums vor Kurzem zu genehmigen geruht.

Stettin, 2. Juni. [Augenkrankheit bei der Garnison.] Die Ndd. Z. schreibt: Schon oft ist es zur Sprache gekommen, daß bei der hiesigen Garnison und insbesondere bei den beiden hier stehenden Bataillonen Colbergschen Regiments viele Augenkranke vorkommen. Es soll dies nach Ansicht der Aerzte vorzüglich in dem den Augen schädlichen, aber auch sonst ungesunden Wasser seinen Grund haben, das aus dem Brunnen der Schneckenthor-Caserne geschöpft wird. Schon vor 10 Jahren hat es der General-Arzt Wasserfuhr vielfach erprobt und wiederholt darauf gedrungen, daß der gedachte Brunnen geschlossen werde. Derselbe Medizinar hielt auch das übrige Wasser in der dortigen Gegend, wie namentlich das an der Custodie gefundene, der Gesundheit nicht zuträglich und verbot den Genuß desselben vielen seiner Patienten. Es soll, wie man hört, auf Antrag der betreffenden Militair-Aerzte jetzt daran gedacht werden, die gegenwärtig an den Augen erkrankten Soldaten der beiden bezeichneten Bataillone, ungefähr 100 an der Zahl, den Sommer über unter Führung eines Offiziers in die Nachbarschaft auf das Land einzuquartieren, und spricht man dabei insbesondere von Güstow als einem geeigneten Orte.

Köslin, 2. Juni. Der Regierungs-Präsident Naumann hat am 30. Mai das Präsidium der hiesigen Regierung übernommen.

Breslau, 2. Juni. Der Prinz Friedrich Wilhelm Königl. Hoh. traf heute Mittag von Neisse in Begleitung des General-Majors v. Moltke hier wieder ein. Nachmittags ritt der Prinz nach dem Rennplatze in Scheitnig. — Nach der Schles. Z. ist der Commandeur des 6. Artillerie-Regiments Oberst v. Scholten unter Beförderung zum General-Major zum Commandanten von Breslau ernannt worden.

Ruhrort, 2. Juni. [Städtisches.] Des Königs Majestät haben der auf dem Rheinischen Provinziallandtage im Stande der Städte vertretenen Stadtgemeinde Ruhrort, ihrem Antrage gemäß, nach bewirkter Ausscheidung aus ihrem bisherigen Bürgermeisterei-Verbande, die Städte-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 15. Mai 1856 verliehen.

München, 2. Juni. [Vom Hofe. Dr. v. Harleß.] Ihre Königl. Hoheit die Frau Herzogin Max in Baiern (Mutter der Kaiserin von Oesterreich) wird sich mit den Prinzessinnen Helene, Marie und Mathilde in Folge einer Einladung Ihrer Majest. des Kaisers und der Kaiserin von Oesterreich nächsten Donnerstag von hier nach Wien begeben und vier bis fünf Wochen am Kaiserl. Hoflager verweilen. — Der außerordentliche Professor Dr. Harleß wurde zum ordentlichen Professor der Physiologie an der medizinischen Facultät der Hochschule München befördert. (A. Z.)

Erlangen, 2. Juni. [Universität.] Professor Dr. Caspari zu Christiania hat den an ihn ergangenen Ruf, an Stelle des verstorbenen Professors Engelhardt die Professur der Kirchengeschichte an der hiesigen Universität zu übernehmen, nicht angenommen.

Frankfurt, 2. Juni. [Diplomatie.] Der frühere Nassauische Bundestagsgesandte, v. Röntgen, welcher sich seit längerer Zeit hier aufhält, ist aus Anlaß der bevorstehenden Vermählung des Prinzen Oscar mit der Prinzessin Sophie zum Herzogl. Gesandten in Stockholm ernannt worden. (Fr. J.)

ρρ **Dresden**, 3. Juni. [Diplomatie. Stiftungen. v. Carlowitz †.] Gestern Abend 6 Uhr ist der Russische Reichskanzler Graf Nesselrode von Berlin hier angelangt und im Russischen Gesandtschafts-Hotel abgestiegen. Der Nestor der Europäischen Diplomatie wird sich nur kurze Zeit hier aufhalten und dann mit dem in unserer Mitte lebenden Staatsrath v. Grimm von hier nach Kissingen gehen. — Einer der geachtetsten Bürger hiesiger Stadt, Stadtrath Gehe, Vorstand der städtischen Kirchen- und Schul-Deputation, feierte gleichzeitig mit der Sächsischen Städte-Ordnung am 31. Mai sein 25jähriges Amts-Jubiläum. Ihre Maj. die verwittwete Königin Marie ließ als hohe Protectorin der „Marien-Stiftung", deren Geschäftsführer der Jubilar ist, demselben eine prachtvolle Tasse nebst einem Beglückwünschungsschreiben überreichen. Außerdem empfing derselbe Seitens des Stadtraths und Stadtverordneten-Collegiums durch eine Deputation die Urkunde einer Gehe-Stiftung, bestehend in einer Freistelle für einen Schüler des hiesigen Gymnasiums zum heiligen Kreuz, und einen silbernen Leuchter, und durch zahlreiche andere Deputationen werthvolle Andenken und Beglückwünschungen. — Aus Zittau ist die mit allgemeinem Bedauern aufgenommene Nachricht von dem gestern erfolgten Ableben des Amts-Hauptmanns v. Carlowitz hier eingetroffen. Derselbe verschied an einer Lungenlähmung. — Die am 7. v. M. hier verstorbene Frau Auguste Harkort, geb. Aders, aus Leipzig hat letztwillig folgende Stiftungen in die Hände des Leipziger Stadtraths gelegt: 5000 Thlr., eventuell 1000 Thlr. für das Kinder-Hospital im Leipziger Krankenhause und 50,000 Thlr., die unter dem Namen „Aders-Stiftung" unvermindert erhalten bleiben, und deren Zinsen alleinstehenden Frauen aus gebildeten Ständen als eine Beihülfe zufließen sollen. Erstere Stiftung tritt nach dem Ableben einer Verwandten der Schenkgeberin, die bis zu ihrem Tode die Zinsen bezieht, ins Leben, und letztere, nachdem die für zwei Generationen von der Stifterin darüber getroffenen Verfügungen erloschen sein werden.

Detmold, 2. Juni. [Examina.] Nach einer neuerdings erlassenen Verordnung müssen die Rechtsbeflissenen nach bestandener Prüfung über ihre theoretischen Rechtskenntnisse erst vier Jahre an den Aemtern oder den Obergerichten oder bei der Regierung beschäftigt sein, dann das zweite Examen machen und werden nur durch glückliche Ueberwindung des letzteren zur Advocatur befähigt oder dazu, sich um eine Anstellung im Staatsdienste zu bewerben. Bis dahin gab es nur ein Examen, nach Zurückkunft von der Universität, dessen Bestehen die Laufbahn in der Advocatur und diejenige im Staatsdienste sofort eröffnete. (Westf. Z.)

Luxemburg, 1. Juni. [Ministerwechsel.] Die seit mehreren Monaten umlaufenden Gerüchte über Ministerwechsel haben heute endlich ihre Erledigung dahin gefunden, daß General-Procurator Augustin das Portefeuille der öffentlichen Bauten übernimmt, das bis dahin von Herrn v. Scherff bekleidet worden. v. Scherff soll indessen Titular-Minister bleiben und mit der Erledigung der Eisenbahn-Angelegenheiten betraut sein. (K. Z.)

Oesterreichischer Kaiserstaat.

* **Wien**, 2. Juni. [Tagesbericht.] Der Kaiser hat dem Ungarischen Insurrections-Flüchtlinge Stephan Gorove von Gattaja die straffreie Rückkehr gestattet und ihm zugleich die Nachsicht der kriegsrechtlich verhängten Confiscation seines Vermögens bewilligt, ferner in Debreczin dreien minder gravirten Sträflingen die Strafe ganz und einem theilweise nachgesehen. — Prinzessin Gisela befindet sich im besten Wohlsein im Sommer-Residenzschlosse zu Laxenburg. — Die Vermählung des Fürsten Adolph von Schwarzenberg, ersten bornen Sohnes des regierenden Fürsten von Schwarzenberg, mit der Prinzessin Ida von Liechtenstein, Tochter des souverainen Fürsten von und zu Liechtenstein, wird Donnerstag hier stattfinden.

[Die Leiche der verstorbenen Erzherzogin Sophie] langte gestern Abend von Pesth hier an. Der Obersthofmeister Fürst Karl Liechtenstein und mehrere Würdenträger nahmen die Leiche in Empfang, welche sodann von dem Hofburgpfarrer unter Assistenz von sechs Geistlichen eingesegnet wurde. Hierauf wurde der Sarg in feierlichem Zuge zu den Capuzinern gebracht. Hier wurde er von einem großen Theile des Adels und den Würdeträgern empfangen, welche sich in der Kirche versammelt hatten, daselbst nochmals feierlichst eingesegnet und sodann der Stätte gemäß von vier Capuzinern in der Kaiserlichen Gruft beigesetzt.

[Oesterreich und Sardinien.] Die offizielle „Oesterr. Corresp." erklärt die Nachricht der „Indep. belge," Oesterreich habe das Neapolitanische Cabinet ersucht, auch seinerseits die Beziehungen zu Sardinien abzubrechen, aber eine ablehnende Antwort erhalten, für falsch, indem sie sich äußert, wie folgt: „Es ist fast überflüssig zu bemerken, daß die ganze Erzählung auf bloßer Erfindung beruht; daß niemals eine Aufforderung oder ein Wunsch in genannter Richtung von Oesterreich an den K. Neapolitanischen Hof oder irgend einen andern ergangen ist, daß also die Ablehnung sammt der Motivirung derselben gleichfalls erfunden, die Schlußfolgerungen (eingetretene Entfremdung zwischen beiden Höfen) mithin von gleichem Werthe sind."

Ausland.

Frankreich.

= **Paris**, 2. Juni. [Eine diplomatische Reise. Schwarzer Adler-Orden und Ehrenlegion.] Vor wenigen Tagen ist der Französische Gesandte am Sächsischen Hofe, Baron Forth-Rouen, durch einen telegraphischen Befehl hierher gerufen worden. Er hatte eine Unterredung mit dem Kaiser und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und wird jetzt wohl schon wieder in Dresden sein. Die Personen in Paris, welche von dieser Reise des Gesandten Kunde erhalten haben, meinen, sie sei einem gewissen Heiraths-Projecte nicht fremd. — An die Nachricht, daß Alexander v. Humboldt irrthümlich das Groß-Offizier-Kreuz der Ehren-Legion erhalten habe, haben Französische Blätter die Bemerkung angeknüpft, das Aequivalent des Preußischen Schwarzen Adlers sei der höchste Grad der Ehrenlegion. Das aber beruht auf einem Irrthume. Der Schwarze Adler-Orden hat kein Aequivalent in Frankreich mehr, seitdem mit den Bourbonen der Heilige Geist-Orden verschwunden ist. Die Ehrenlegion ist ein Verdienst-Orden, ganz so, wie der Rothe Adler-Orden in Preußen; der Schwarze Adler ist ein Königlicher Haus-Orden, und einen solchen giebt es im Kaiserlichen Frankreich eben so wenig, als unter der Juli-Regierung. Daher ist es auch gekommen, daß während der Dauer dieser letzteren kein Austausch der höchsten Orden zwischen Frankreich und Preußen stattgefunden hat. Preußen behauptete mit Recht, daß das Aequivalent des Groß-Ordens der Ehrenlegion der Rothe Adler-Orden erster Klasse sei, und Frankreich wollte dies nicht einräumen. Der Pariser Frieden, der so manches verändert hat, entschied auch diese „Frage" im Sinne Frankreichs, indem der Frhr. v. Manteuffel den Groß-Cordon und der Graf Walewsky den Schwarzen Adler erhielt. Es ist aber auch möglich, daß dies nur eine Ausnahme sein sollte — und Ausnahmen bestärken die Regel.

□ **Paris**, 2. Juni. [Die Pariser Stadtfeste. Der geheimnißvolle Besuch im Artillerie-Museum. Excellenz Kern.] Se. Maj. der König von Baiern besichtigt die Merkwürdigkeiten und Kunstschätze von Paris und Umgebung mit einer Aufmerksamkeit und einer Gründlichkeit, die dieses flüchtige Volk hier mit einem großen Respect erfüllen. Man erzählt sich höchst lustige Anekdoten über die Verzweiflung der Französischen Generale und Kammerherren, welche den König Max in die Museen begleiten müssen. General Beville soll gestern 3 Stunden lang hinter dem Könige her durch die historischen Galerieen im Rez de Chaussée des Versailler Schlosses gewandert sein. Wenn Jemand so wenig Interesse für Gemälde hat, wie General Beville, so mag es allerdings sein Schmerzliches haben, 3 Stunden lang! Es versteht sich von selbst, daß dem Könige von Baiern hier die höchsten Ehren zu Theil werden; eine ist ihm zu Theil geworden, auf die er gewiß gern verzichtet hätte, nämlich ein Fest, welches ihm die Stadt Paris auf dem Stadthause mit gewohnter leichtsinniger Verschwendung gab. Es muß doch peinlich für einen Fürsten sein, sich von einer Stadt ein Fest geben zu lassen, von der er weiß, daß sie das Geld dazu borgen muß! Diese Feste der Stadt Paris sind abscheulich geradezu; das Stadtvermögen ist überschuldet, die Einkünfte reichen nie aus, um den Bedarf zu decken; ein riesiges Armenbudget und dennoch Fest auf Fest mit einer Pracht, die unter diesen Umständen geradezu scandalös ist. Das Fest für die Königin von England kostete 600,000 Fr., das für den Großfürsten von Rußland 300,000 Fr., das für den König von Baiern 400,000 Fr. Da haben Sie weit über eine Million für die Feste! Und wer hat Freude daran? Niemand. Jedesmal war solch Fest ein Zankapfel, bei dem für den Russischen Großfürsten ging's zu aristokratisch zu, dafür war bei dem für den König von Baiern die Gesellschaft entschieden zu „gemischt." Beide Feste haben dem Präfecten entschiedene Mißbilligung zugezogen. — Uebrigens haben es alle hier anwesende Deutsche sehr übel vermerkt, daß Louis Napoleon mit seiner Gemahlin auf dem Stadthausfeste fehlte und nur die anderen Personen seiner Familie anwesend waren. Zwar fehlte er auch bei dem Fest für den Großfürsten, aber der Großfürst war kein regierender Herr, kein Souverain, und bei dem Fest für die Königin von England war er zugegen. Dafür hat er den König selbst in das Artilleriemuseum geführt, und es giebt Leute, welche das für eine besondere Ehre, für einen Beweis politischen Vertrauens erklären, weil der Großfürst Constantin nicht dorthin geführt worden sei. Als nun gar die Blätter den Befehl erhielten, nicht von jenem Besuch zu sprechen, da war man vollends von der großen Wichtigkeit überzeugt und behauptete, Louis Napoleon wolle nicht, daß man diesen Besuch als einen Präcedenzfall benutze. Die Sache verhielt sich aber ganz anders. Im Artilleriemuseum sollen sich eroberte Russische Fahnen und Standarten befinden, man wollte sie aus Delicatesse dem Großfürsten nicht zeigen, das ist Alles! Und der Besuch sollte nicht erwähnt werden, so lange sich der Großfürst noch auf Französischem Grund und Boden befand. Im ersten Augenblick, als das Verbot an die Zeitungen kam, des Besuches zu erwähnen, verbreitete sich die Nachricht von einem daselbst stattgehabten Attentat auf Louis Napoleon; es war kein Wort Wahres daran. — Unser gemeinschaftlicher Freund Dr. Kern fährt in einem prächtigen Wagen in der Stadt herum und giebt seine Abschiedskarten ab; sie sind von alpenrosenrother Farbe, der gute Mann bläht sich wie ein Triumphator, seiner Ansicht nach hat er Neuenburg erobert. Man lacht den armen Menschen sehr viel aus, die ernsthaftesten Gesichter verziehen sich, sobald nur sein Name genannt wird. Walewsky wird ihn in der künftigen Saison sehr vermissen unter den wilden „Excellenzen"; denn der brave Sohn der Alpen zeichnete sich durch eine unerschütterliche Gesprächigkeit und einen unerschrockenen Appetit aus.

?? **Paris**, 2. Juni. [Drei Enthusiasten, zwei Napoleonisten und ein Stock-Orléanist.] Irrthümlich schrieb ich gestern, daß, mit Ausnahme eines halben Moniteurs, nicht ein einziges Blatt (des Pfingstfestes wegen) erschienen sei: das „Journal de l'Empire" war am Sonntag Abend vom Stapel gelassen worden, aber es ist gewiß verzeihlich, daß man das „Journal de l'Empire" nicht bemerkt. Ich bedaure nichtsdestoweniger meinen Mangel an Aufmerksamkeit aufrichtig, denn ohne denselben hätten wir, Sie und ich, vierundzwanzig Stunden früher erfahren, daß ein Mitglied des gesetzgebenden Körpers, Herr Bavour, in dem „Journal de l'Empire" die Thaten dieser ausgelebten Versammlung in einem glänzenden Artikel geschildert hatte. Hören Sie den Schluß: „Wird der gesetzgebende Körper ein tiefes Andenken in der Geschichte hinterlassen? Wird er einen ausgezeichneten Platz in der Geschichte einnehmen? Die Geschichte wird darauf antworten. Aber, was ihm jetzt schon gesichert ist, — das ist die Achtung der honneten Leute, das ist die Ehre einer erfüllten Pflicht, das ist der Tod des Gerechten, der mit Glück auf seine Vergangenheit zurückblickt, mit Glück der Zukunft entgegensieht (soll wohl heißen der Wiedererwählung) — das ist (aufgepaßt) der glorreiche Tod des Kriegers von Marathon, welcher den Lorbeerzweig gen Himmel erhebend, fällt und stirbt." Edler Bavour! — Ein anderer Enthusiast, aber ein talentvoller, Granier de Cassagnac, wird nächster Tage eine „Geschichte des Sturzes Louis Philipps, der Republik von 1848 und der Herstellung des Kaiserreichs" veröffentlichen, von welcher der heutige „Constitutionnel" schon ein Bruchstück mittheilen kann. Es soll in demselben gezeigt werden, daß das, was Louis Napoleon gethan hat, die weisten Staatsmänner thun